

**Genosse Palmiro Togliatti,
Kommunistische Partei Italiens.**

Wir waren immer gegen jede Politik der Spaltung oder Zersplitterung Deutschlands, weil wir wissen, daß eine solche Politik nicht nur dem deutschen Volke, sondern allen Völkern Europas zum Schaden sein würde, indem sie einen deutschen Chauvinismus wiedererstehen läßt.

Die heute in Italien Regierenden verweigern die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und stehen in Beziehung mit den amerikanischen Marionetten von Bonn, mit denen sie versuchen, unter Führung des amerikanischen Imperialismus gegen den Frieden Europas zu intrigieren. Das ist, wenn auch vorläufig in etwas anderen Formen, die gleiche Politik wie die der Faschisten. Es ist eine Politik gegen alle Italienischen Interessen. Die Halbkolonie des amerikanischen Imperialismus, in die Westdeutschland verwandelt wurde, kann nur ein neues Instrument in den Händen Amerikas sein, um die Entwicklung unserer Wirtschaft weiter zu lähmen. Die gegenseitigen freien Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik können dagegen nur beiden Ländern helfen.

Aber was uns wie euch am meisten bedroht, ist der Versuch der Wiedergeburt eines deutschen Chauvinismus im Dienste des anglo-amerikanischen Imperialismus; ist die Gefahr, daß unsere beiden



Länder von neuem als Kriegsschauplatz für einen Krieg dienen, daß sie noch einmal verwüstet werden.

Wir sind deswegen als Italienisches Volk interessiert am Erfolg des Kampfes, den alle Völker der Welt gegen die imperialistischen Aggressoren führen, um den Frieden zu retten unter Führung der siegreichen Sowjetunion und des großen Stalin.

hemmt sie auch in ihrer aktiven Teilnahme an den Versammlungen.

Im Entwurf des neuen Statuts der SED wird hervorgehoben, daß die Mitglieder unserer Partei das Recht haben, sich an der Erörterung der praktischen Fragen der Politik der Partei zu beteiligen und ihre Vorschläge zu unterbreiten, daß sie das Recht haben, ihre Ansichten zu äußern und sachliche Kritik an der Tätigkeit der Mitglieder und Funktionäre der Partei, unabhängig von ihrer Stellung, zu üben. Die Entwicklung von Kritik und Selbstkritik ist das Entwicklungsgesetz der Partei neuen Typus und die Voraussetzung der richtigen Erziehung der Parteikader.

Wie die Mitgliederversammlungen und Parteikonferenzen vor dem Parteitag gezeigt haben, setzen sich Kritik und Selbstkritik immer mehr in unseren Parteiorganisationen durch. Die Diskussionsbeiträge, die zum Parteitag in unserer Parteipresse erschienen, standen ebenfalls im Zeichen von Kritik und Selbstkritik. Dabei verdienen einige kritische Beiträge im „Neuen Deutschland“ Beachtung und Nachahmung. Jedoch gibt es auch hier noch gewisse Mängel. Es ist zu einer landläufigen Erscheinung geworden, daß verantwortliche Funktionäre der Partei in den Versammlungen und Sitzungen die Mängel und Fehler der Arbeit einfacher Parteimitglieder oder der Grundorganisationen der Partei kritisieren. Hingegen wird die Tätigkeit, werden die Fehler der höheren Parteileitungen noch wenig der kritischen Erörterung unterzogen.

Falsch verstandene Kritik und Selbstkritik

Es gibt immer noch zuviel Genossen, die das Wort Kritik und Selbstkritik zwar ständig auf den Lippen führen, die aber sofort in Abwehrstellung gehen, wenn die Kritik sie selbst betrifft. Ich sprach bereits davon, daß es mancher-

orts unter den Funktionären des Partei- und Staatsapparates Würdenträger gibt, die, obwohl sie Mitglieder unserer Partei sind, keinerlei Kritik vertragen und sie zu unterbinden suchen. Diese Art Genossen müssen entschieden zur Ordnung gerufen werden, denn sie verletzen das Parteistatut.

In Sachsen-Anhalt haben in den Mitgliederversammlungen zur Vorbereitung des Parteitages in den Ortsorganisationen von Eilenburg, Könnern, Dieskau und Beuna die Vorsitzenden der Parteigruppen in ihren Berichten zur schonungslosen Kritik aufgerufen, aber gleichzeitig erklärt, daß Kritik an ihnen oder dem Bürgermeister keinen Sinn habe, da sie ihre Fehler ja selbst kennen würden.

Einige Parteileitungen und verantwortliche Funktionäre hören nicht auf die Kritik von unten. So wurde zum Beispiel schon im November 1949 auf der Kreiskonferenz von Neustrelitz scharfe Kritik an dem ehemaligen Vorsitzenden des Kreisvorstandes, Büttner, geübt. Der Landesvorstand von Mecklenburg schenkte dieser Kritik nicht die geringste Aufmerksamkeit. Büttner blieb auf seinem Posten, bis er als amerikanischer Schumacheragent entlarvt wurde.

Wie auf den Kreisparteikonferenzen von Sachsen und Brandenburg zum Ausdruck kam, beachten auch diese Landesvorstände die Kritik von unten zu wenig.

Man muß feststellen, daß auch unseren zentralen Parteiorganen in dieser Hinsicht einige Fehler unterlaufen sind. So hat das Sekretariat des Politbüros im März dieses Jahres einen falschen Beschluß gefaßt, der faktisch eine Kritik an Fehlern von Parteimitgliedern in verantwortlichen Staatfunktionen ohne Genehmigung des Parteivorstandes verbietet. Dieser Beschluß wurde vom Politbüro des Parteivorstandes aufgehoben.